



MNU

# für ein anderes Europa

»Die Würde des  
Menschen ist  
unantastbar«

*Grundgesetz, Artikel 1*

**DIE LINKE.**

Bundesarbeitsgemeinschaft Linke  
Unternehmerinnen und Unternehmer

Aus wirtschaftlicher Vernunft,  
sozialer Verantwortung  
und ökologischer Weitsicht.

## Vorbemerkung

Für viele gab es nach den mörderischen Kriegen einen großen europäischen Traum. Kurt Tucholsky sandte ihn als begreifende und ergreifende, als soziale und friedliche Botschaft über die Fronten:

„... Drüben die französischen Genossen  
lagen dicht bei Englands Arbeitsmann.  
Alle haben sie ihr Blut vergossen,  
und zerschossen ruht heut Mann bei Mann.

...

Seid nicht stolz auf Orden und Geklunker!  
Seid nicht stolz auf Narben und die Zeit!  
In die Gräben schickten euch die Junker,  
Staatswahn und der Fabrikantenneid.

...

Denkt an Todesröcheln und Gestöhne.  
Drüben stehen Väter, Mütter, Söhne,  
schuftun schwer fürs bisschen Leben  
wollt ihr denen nicht die Hände geben?  
Reicht die Bruderhand als schönste aller Gaben  
übern Graben, Leute, übern Graben!”



# Aber die EU hat viele Gräben noch tiefer gemacht: zwischen den Aufrüstern und den friedlich Gesinnten, zwischen den Armen und den Superreichen.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, warnte darum vor zwei Jahren vor einem „Europa der Eliten“.

Er hatte Recht. Er hätte nicht davor warnen müssen, wenn „diese Eliten“ aus besonders klugen, den sozialen Zusammenhalt bedenkenden, friedlichen und ökologisch vorausschauenden Menschen bestünden. Aber die Krise der EU, die noch lange nicht an ihrem Höhepunkt ist, beweist: die EU-Eliten, vor denen hier gewarnt wird, sind Fachleute für kurzatmige Profitinteressen, für die Vermehrung großer Kapitalien und Schutzleute der Bankenmacht, die die Krise gemacht und verschärft haben. Sie haben nicht einmal eine Verfassung für Europa hinbekommen, geschweige denn verbindliche, einklagbare Rechte für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche, wie ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Sie vergießen Krokodilstränen, wenn die Beteiligung bei Europawahlen sinkt. Aber sie wissen: **Wenn alle wählen gingen, wäre ihre Macht begrenzt, oder gar beendet.** Ihr „Europa der Eliten“ will möglichst wenig engagierte WählerInnen, demokratische Einmischung und linke Politik. Sie will weiter ungestört eine EU für die Lobbyisten der großen Banken und Konzerne, der Rüstungsexporteure und Großaktionäre bauen. Von den Völkern auf diesem Kontinent wollen sie in Wirklichkeit möglichst wenig demokratische Einmischung und möglichst viele Steuermilliarden, um die immer teurer werdende Zeche der von ihnen bestellten Krise zu zahlen.

Und so elitär schreiben diese Eliten auch: Unverständlich, in Fachchinesisch, Abkürzungen und einem Vertragsdeutsch, das selbst europapolitisch Gebildete kaum mehr verstehen können. Sie sind am liebsten unter sich.

**DIE LINKE will europäische Integration**, ein Europa, das die „Hand reicht über'n Graben“. Auch über Sprachgrenzen. Das fängt mit einer verständlichen Sprache an, die sich unterscheidet von den elitären Fachformulierungen des EU-Bürokratismus. Deswegen wird in unserem Programm für die Wahlen zum Europäischen Parlament so verständlich wie möglich formuliert.

Wir wollen mehr Lust machen auf ein soziales und solidarisches Europa, auf Einmischung in die eigenen

Angelegenheiten und auf eine populäre Sprache für eine Politik, deren Folgen wir nicht nur bezahlen müssen, sondern die wir vor allen Dingen radikal mitbestimmen wollen.

Wir wollen die EU eben genau NICHT SO, wie CDU/CSU, FDP und AfD auf der einen und SPD und Grüne auf der anderen Seite, die den Raubzügen der Großbanken, der Rüstungskonzerne und der Finanzspekulanten Tür und Tor offen halten.



**DIE LINKE kommt aus der Tradition** des „Euro – so nicht!“. Das, was von links, von Gewerkschaften und Antifaschisten in das Grundgesetz und die Verfassung anderer Mitgliedstaaten hinein geschrieben und teilweise hinein gekämpft werden musste, hätte bei der Einführung des Euro Pate stehen müssen: Sozialstaatlichkeit und Demokratisierung der Wirtschaft!

Ohne ihre Verwirklichung machen aber auch der Euro-Austrieg oder ein Festhalten an ihm keinen wirklichen Unterschied: Währungen alleine sind keinerlei Lösung, solange die Krisenverursacher und Profiteure weiter spekulieren dürfen. Weder Rettungspakete für die Spekulationsbanken, noch große Heilsversprechen durch Euro-Austritt bewältigen die Krise, sondern nur: kräftig mehr Demokratie wagen - und kräftig mehr Nachfrage auf den Binnenmärkten!

In diesem Sinne: **Eine Stimme für DIE LINKE bei den Wahlen zum Europäischen Parlament** ist eine Stimme für unser gutes Grundgesetz, seine Sozialstaatlichkeit und das Angriffskriegsverbot, das unser Grundgesetz verbindlich vorschreibt. In diesem Sinne bitten wir um Deine Stimme.

# I) Die Europäische Union – ein europäischer Geist?



Ein Schreckgespenst geht um von Europa: die Europäische Union. **Die EU war einst eine Hoffnung für die Menschen.** Aber was haben die Raubzüge der Großbanken, der Bürokratismus der wirtschaftlichen Eliten und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht? Mit dem Vertrag von Maastricht versprach die EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind: mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Volksverdummer und mehr Menschenjagd in und an den Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt, ohne sozialen Sinn und ohne nachhaltigen Verstand. Immer mehr „Gräben“ wurden aufgerissen, statt „Hände zu reichen“.

**Durch wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt,** groß angekündigt als Kohäsion, sollte der Graben zwischen reichen Metropolen und notleidenden Regionen verringert werden. Aber weil die Superreichen auf keinerlei Privilegien verzichten mussten und die sozialen Schutzbestimmungen nicht verbessert und harmonisiert wurden, wurde auch die Harmonie innerhalb der EU nicht wirklich mehr, sondern immer weniger.

**Das Europäische Parlament (EP)** hat weniger Befugnisse als jedes nationale Parlament: Es darf nur über Initiativen entscheiden, die ihm „von oben“ (durch die Kommission und den Rat der Europäischen Union) „erlaubt“ werden. Es hat nicht einmal das Recht auf Rechtsetzungsinitiativen (siehe „Initiativrecht“, „Trennung v. Legislative u. Exekutive“). Auch unterliegt die EU-Kommission nicht der parlamentarischen Kontrolle durch das EP, wie dies die Regierungen der Mitgliedstaaten durch die nationalen Parlamente tun! **Der Maastricht-Vertrag war schon schlecht. Die EU-**

**Verträge danach wurden noch schlechter.** So fiel bspw. der EU-Verfassungsentwurf bei Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden glatt durch. Aber statt sich zu korrigieren, kamen die EU-Eliten mit einem neuen Trick, nationale Parlamente, Volksabstimmungen und Demokratie zu umgehen: sie begannen einzelne, völkerrechtliche Verträge zwischen den neoliberalen Regierungen zu schließen. Damit bekam die EU noch weniger „Bodenhaftung“.

**Eine Stimme für DIE LINKE bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist** also immer auch eine Stimme für die radikale Erweiterung der demokratischen Entscheidungsrechte der Menschen, wie der Rechte der Parlamente. Für mehr direkte Demokratie gilt: Bürgerinitiativen müssen endlich mehr sein, als ein Wunschzettel ohne Rechtsverbindlichkeit. Statt aber für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit, haben sich Frau Merkel und die EU-Eliten für mehr Macht der Finanzhaie entschieden. Sie versuchen, den Euro als Waffe gegen die Arbeitenden und Armen zu nutzen. Frau Merkels früherer Wahlunterstützer, Hans Olaf Henkel hingegen (einst Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), heute bei der AfD) will zurück zur D-Mark als Waffe für Lohnsenkung und Bankenwillkür. Mit oder ohne Euro: CDU/CSU und AfD stehen für weniger soziale Gerechtigkeit und mehr Bankenmacht. Im Gegensatz zu CDU/CSU und AfD will DIE LINKE ein Europa mit Zukunftsinvestitionsprogrammen, Kapitalverkehrskontrollen und Wirtschaftsdemokratie, was bislang gemeinsam von CDU/CSU und SPD, FDP und Grünen im Bundestag bekämpft wurde.



## II) Mehr wirtschaftliche Weitsicht wagen!

**DIE LINKE ist die einzige Partei**, die die gigantischen Raubzüge der Spekulationsbanken auf Steuermilliarden, gegen die Kaufkraft der Klein- und Mittelverdiener und ihre Sparkonten stoppen will, indem sie die Profiteure an Krise und Krieg entmachtet. Der gesamte Kreditsektor, auch die Europäische Zentralbank (EZB), muss endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Europa braucht einen offensiven demokratischen Feldzug gegen die „Steueroasen“, wohin Superreiche ca. 1 BILLION € an den Staaten vorbei geschleust haben. Wir wollen die Spekulation still legen, aber nicht gute Arbeit und gute Ideen.

Gegen Steuerflucht brauchen wir gesetzliche, aber auch kulturelle Widerstandspotentiale und populäre Aufklärung. Die Steuerhinterziehung von Hoeneß und der Deutschen Bank sind keine Kavaliersdelikte, sondern Millionenraub an Schulen, Straßenbau und Krankenhäusern. Das unzureichende EU-Recht und völkerrechtliche Verträge, mit denen eine parlamentarische Kontrolle schicksalhafter Wirtschaftsentscheidungen für Generationen umgangen werden, wollen wir beenden.

Und so tritt DIE LINKE auch der EU-Kommission entgegen, wenn sie Nahrungsspekulanten und Lebensmittelkonzernen den Hof macht.

**Und wir wollen aufklären**, was in Worthülsen an Patronen steckt, die am Ende jede/n von uns treffen. „TTIP“ ist eine der EU-Fremdwortabkürzungen für das geplante „Freihandelsabkommen mit den USA“ (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Was aber steckt darin? Noch mehr Abbau sozialer und ökologischer Standards – bei denen und bei uns! Und dann kommt die EU-Kommission noch mit dem schön harmlos klingenden Wort: „Investitionsschutzkapitel“ (was sie in das TTIP hinein pressen will). Und was bedeutet das? Zum Beispiel dies: wenn die Bundesregierung Genmais verbieten wollte, dann könnte der Nahrungsmittelkonzern Monsanto auf Schadenersatz klagen. Diese Klagen würden auch noch vor einem internationalen Schiedsgericht – und damit außerhalb bestehender Rechtssysteme – geführt. Jedes Parlament würde sich, wenn Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe drohen, demnach dreimal überlegen, Gesetze im sozialen Interesse zu verabschieden.

- Die Troika muss aufgelöst werden;

- Streichungs- und Kürzungsdiktate müssen rückgängig gemacht werden;

- das Privatmonopol der drei Rating-Agenturen muss gebrochen werden, an ihre Stelle muss eine öffentliche, dem Gemeinwohl verpflichtete, europäische Rating-Agentur treten;

- der Konzernlobbyismus muss durch ein verbindliches Lobbyregister in Brüssel ans Tageslicht gebracht und wirksam bekämpft werden;

- das deutsche Sparkassen-System wollen wir stärken und es nicht länger den Angriffen der EU-Bürokraten aussetzen. Unsere Sparkassen haben während der EU-Krise bislang gestanden, wie ein Fels im Tsunami;

- DIE LINKE will im Rahmen einer Ausgleichsunion, dass nachhaltige, durch die EZB stark verbilligte Kredite dorthin kommen, wo sie notwendig sind: für weitsichtiges Wirtschaften und soziales Wohl, für Zukunftsinvestitionen, kreative unternehmerische Ideen, Sicherheit, Bildung und Altersvorsorge! Also Direktkredite - an den Großspekulanten vorbei. Und das heißt auch: niedrige Zinsen bei Dispo-Krediten.





**DIE LINKE wählen heißt also auch:** Aufklärung über die da oben, wenn sie Konzern-Dienereien vernebeln wollen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verbrennt nicht nur Steuermilliarden auf den „Finanzmärkten“, entwertet nicht nur Sparguthaben, zerstört nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch zigtausende Kleine und Mittlere Unternehmen. **DIE LINKE weiß** (und das war für sie nicht immer selbstverständlich): Ein sozialer und ökologischer Aufbruch kann nur erfolgen, wenn die ArbeiterInnenbewegung und Kleine und Mittlere Unternehmen dies gemeinsam wollen und gestalten.

**DIE LINKE kämpft gegen** die dogmatische Fixierung der EU auf den Kapitalismus als „letztes Wort der Geschichte“ und gegen das Festklammern an diese neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren Verträgen. Das gilt insbesondere für die Verschärfungen durch „Sixpack“ und „Twapack“ und den Fiskalvertrag mit Schuldenbremse. Das alles wird automatisch zu Lasten öffentlicher, vor allem sozialer Ausgaben gehen. Die aktuell geplante Einführung eines „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ soll einzig der Profitmaximierung, nicht aber der Lebensqualität der Menschen dienen. Das alles bekämpfen wir.

Jetzt tun Merkel und EU-Kommission ja so, als wollten sie durch die Einführung einer Bankenunion endlich mal die Zockergeschäfte beenden. Weil sie dabei aber auf eine Bank-Überwachung durch die demokratisch nicht

kontrollierte Europäische Zentralbank (EZB) setzen (und weil eine Refinanzierung von Verlusten der Großbanken aus Steuermilliarden nicht ausgeschlossen ist), sind diese Pläne das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Die Krise überwinden gelingt nur, wenn mehr Leute begreifen: die Umverteilung der Milliarden von unten nach oben, weg von Konsumenten hin zu Spekulanten, muss gestoppt werden. Stattdessen müssen Superreiche durch Vermögensabgabe und Finanztransaktionssteuer endlich zur Kasse gebeten werden! Die Gefahr eines Kollaps der Währungssysteme und auch der gesamten Wirtschaft ist noch längst nicht gebannt.

Wenn neben profilierten und renommierten Wirtschaftswissenschaftlern wie Nobelpreisträger Paul Krugman selbst das US-Finanzministerium (und nun auch der IWF und die EU-Kommission) ständig vor deutschen Leistungsbilanzüberschüssen warnt, vor einer Deflation, die in einer Katastrophe enden kann, muss die Lösung in der entschiedenen Stärkung der Binnenkaufkraft liegen: In höheren Löhnen, höheren Renten und erhöhten Leistungsbezügen in Jugend und Alter. Merkel und die EU-Bankenmacht haben mit ihrer Politik der Lohnpresserei und Steuersenkung die Krise weiter angefeuert. Aber nur, wenn die unteren zwei Drittel wieder mehr kaufen können, kommt die Wirtschaft in Fahrt! Gesetzliche Mindestlöhne in ganz Europa wären ein Anfang!

### III) Glücklich leben heißt: gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Die USA haben sogar das „Recht auf individuelles Glück“ in ihrer Verfassung. Dennoch gibt es dort seit Jahrzehnten Millionen, die im Unglück leben, in Slums, im Ghetto. Mit der Agenda 2010 und Hartz IV haben EU und deutsche Regierung diese unmenschliche Seite des „American Way of Life“ kopiert. Seit der Einführung des Euro gibt es millionenfach mehr Niedriglöhner, prekäre Jobs, arme Kinder, junge Arbeitslose und Alterselend in der EU. In Griechenland sind bspw. unfassbare 65 Prozent der jungen Generation arbeitslos, in Spanien betrifft es 56 Prozent der unter 25-Jährigen. Und trotzdem: in derselben Zeit sind die Superreichen noch reicher geworden. Aber wo Extra-Profitte derartig explodieren, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch anderes explodiert. Und das macht dann auch die Reichen nicht glücklicher.

**Wenn DIE LINKE also für ein glückliches Leben wirbt**, so heißt das: die Europäische Sozialcharta und die Sozialstaatlichkeit des Grundgesetzes muss nicht nur im Primärrecht der EU fest verankert sein, sondern es braucht auch national und europaweit parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck, damit starke Sozialordnungen ein glückliches Leben und die Würde des Menschen unantastbar machen. Alle EU-Nationalstaaten brauchen einen Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnitts. Es kann kein Glück für Deutsche sein, wenn Niedriglöhner aus anderen Ländern zur allgemeinen Lohnpresserei in Stellung gebracht werden.



Nur mit Streiks und parlamentarischem Druck ist die Angleichung von Lebensverhältnissen zu erreichen. Es kann kein Glück für Männer sein, wenn Frauen für gleiche Arbeit weniger bekommen. Deswegen fordert die ArbeiterInnenbewegung seit weit über 100 Jahren: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wenn durch Roboter und andere „intelligente“ Maschinen Jahr für Jahr milliardenfach weniger Handgriffe nötig werden, um dieselbe Ware schneller zu produzieren, so kann und muss die Arbeitszeit bei gleichem Lohn um genau diese durch Produktivitätssteigerung weggefallenen Handgriffe gekürzt werden. Weniger Arbeitszeit heißt für Viele: Bessere Arbeit. Klar: die Menschen werden bei uns immer älter. Aber: soll das zum Glück oder zur Strafe sein? Die allermeiste Arbeit macht die Allermeisten doch schon mit 60 Jahren fertig. Deswegen muss auch das Alter, mit dem ein Mensch in eine gut bezahlte Rente gehen kann, gesenkt und nicht erhöht werden. Dazu haben wir ein kluges, linkes Rentensystem ausgearbeitet.

Im Zentrum jedes nicht-diktatorischen und zivilisierten Gesellschaftssystems steht das Recht der Menschen, ihre Arbeitskraft kollektiv zu verweigern, was man „Streik“ nennt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat aber (zum Beispiel mit dem Laval-Urteil) auf der Basis eines asozialen EU-Rechts das Streikrecht ständig ausgehöhlt. Aber: wenn wir nicht wollen, dass Menschen als Billiglöhner auf der Landkarte hin





und hergeschoben werden, wie Randfiguren bei dem schlechten Spiel „Monopoly“, dann brauchen wir starke Gewerkschaften, starke Tarifverträge und ein starkes Streikrecht - und das Verbot der Aussperrung! Frau Merkel wirbt hingegen für die „marktkonforme Demokratie“ – was für ein Widerspruch! **DIE LINKE will DEMOKRATIEKONFORME MÄRKTE** und durch die Einführung einer „sozialen Fortschrittsklausel“ in das EU-Recht den Vorrang sozialer Grundrechte vor den marktformigen Grundfreiheiten des Kapitals (Waren, Dienstleistungen und Kapitalverkehr) durchsetzen. Sie kämpft europaweit als verlässlicher Partner in der ArbeiterInnenbewegung für gewerkschaftliche Rechte. Uns allein schon darum zu wählen, ist gut. Aber dabei Mitmachen: noch viel besser! Am 1. Mai und bei mehr.

Glückliches Leben heißt auch Privatsphäre zu haben und nicht unter Generalverdacht gestellt zu werden. Geheimdienste tun das glatte Gegenteil, ihre Zusammenarbeit mit der Polizei schränkt Freiheit ein. **DIE LINKE kämpft für Datenschutz und ein Moratorium der Sicherheitsgesetze** der EU, damit auch hier ein gutes Leben in Sichtweite kommt.

Gewerkschaften haben, unterstützt durch andere soziale Bewegungen und DIE LINKE, auch gestreikt und gemeinsam dafür gestritten, Krankenhäuser für alle offen zu halten, das heißt natürlich: nicht zu privatisieren!

Für beste Medizin- und Kranken-Versorgung! Für ausgeschlafene Ärzte! Und für eine Krankenversicherung, die für alle bezahlbar ist und die für alle bezahlt. Aber Gesundheit hängt auch mit gutem Wohnen zusammen. Deswegen kämpft **DIE LINKE europaweit gegen Mietwucher** und für ein gesetzliches Verbot von Zwangsräumungen.

Glückliches Leben heißt auch, sich kulturell zu entfalten. Mit den vielfältigen regionalen und nationalen Kulturen in Europa, in Sprache, Bild und Musik. Die PISA-Studien mögen wichtige Messungen enthalten, aber Kreativität ist nicht mit der Stoppuhr zu messen. **Nur Menschenliebe macht aus Europa ein Zuhause**, eines, wo „Hände über den Graben gereicht werden“. Wo aber Eliten sich Todesstreifen um ihren Reichtum bauen lassen, hat Glück keine Zukunft. Die Einen mögen es mit Jesus Christus begründen, die Anderen mit Karl Marx; das ist egal: „Lampedusa“ hat mit Nächstenliebe und Solidarität nicht das Geringste gemein! Menschenjagden, Pogrome oder andere Diskriminierungen aus rassistischen oder asozialen oder demokratiefeindlichen oder religionsfanatischen Motiven, oder weil ein Staat sich zum Scharfrichter über sexuelle Normen aufschwingt, werden von uns im Geiste des europäischen Antifaschismus bekämpft! Mit kultureller Aufklärung für Menschenliebe und mehr Demokratie, aber auch mit dem scharfen Schwert des Gesetzes.

## IV) Frieden war die Idee Europas und muss sie wieder werden

Als am 8. Mai 1945 der mörderische Weltkrieg zu Ende war, schworen sich die Völker Freundschaft. Nicht nur denen dort, wo faschistische Armeen und Milizen standen: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Sowjetunion, Jugoslawien usw., sondern auch den afrikanischen und arabischen Staaten, in die die koloniale Morderei getragen worden war. **Es sollten „Hände über Gräben“ gereicht werden**, wie Tucholsky schon 1926 Europa beschworen hatte: von dort sollte nie wieder Krieg ausgehen. Aber die, die auf explodierende Rüstungsprofite und Waffenexporte wetten und spekulieren, gaben keine Ruhe. Bis es wieder zu Kriegen kam und zu bombardieren gab. Militäreinsätze aber helfen nur dem Frieden der Rüstungsaktionäre und den Menschenrechten der Räuber, die auf das Öl und andere Bodenschätze anderer Völker spekulieren.

**DIE LINKE ist stolz darauf**, als einzige Partei im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament keinem einzigen der Kriegseinsätze zugestimmt zu haben. Sie steht damit in der Tradition von Rosa Luxemburg, Bertolt Brecht und Willy Brandt, der als Nobelpreisträger in Stockholm sagte: „Krieg ist nicht ultima ratio, sondern ultima irratio“. Eine Stimme für **DIE LINKE ist also auch eine Stimme für die Einhaltung des in**

**der UN-Charta** fest verankerten Gewaltverbots! In diesem Sinne streitet **DIE LINKE** gegen das von den USA geplante Raketenschild, für einen Atomwaffen-Abzug aus den EU-Mitgliedstaaten und gegen die NATO, die sich längst nicht als Verteidigungs-, sondern als aggressive Kriegsallianz erwiesen hat.

EU-Agenturen zur Modernisierung von **Waffensystemen lehnt DIE LINKE kategorisch ab**. Hinter den „sachlich“ klingenden Abkürzungen GASP, GSVP und Frontex verbergen sich auch Worthülsen, die zu Wortpatronen werden: Kriegs-Instrumente, die unser Steuergeld abgreifen, statt dass es in soziale Einrichtungen fließen kann. Auch den Drohgebärden mancher Metallkonzerne, Abrüstung gefährde Arbeitsplätze, halten wir entgegen: Betriebsräte der IG-Metall weisen seit 30 Jahren nach, dass Konversion möglich ist, dass Produktionsanlagen für Waffen sehr wohl durch die Umstellung von ein paar Stellschrauben für die Produktion von friedlichen Produkten (zum Beispiel Brandnabekämpfung, medizinische Gerätschaften etc.) umgebaut werden können. Sogar mit noch mehr Arbeitsplätzen! **Wir wollen Rüstungsexporte weltweit verbieten und Rüstungsproduktion mit Weitsicht auf Frieden umrüsten.**



# V) Umwelt – das sind doch auch wir und nicht nur das Drumrum!

Kriege werden längst auch um Klimafolgen, Wasser-  
verknappung und Nahrungsmittel geführt. Spekulation  
mit Umwelt kann morgen schon Krieg sein. Kürzlich  
erklärten Deutsche Bank und Allianz-AG, sie wollten  
sich weiter an Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln  
beteiligen. Das heißt: Mehr Hungersnot und gestiegene  
Nahrungsmittelpreise – besonders in den Entwicklungs-  
ländern (und damit heißt es auch mehr Massenflucht aus  
diesen Regionen). Von der Agrarpolitik, die als Haushalts-  
titel uns EU-Bürger am allermeisten kostet, profitieren  
wieder die großen Agrarfabriken, die für die Exportmärkte  
produzieren. Und obwohl es mittlerweile genügend Nahrung  
auf der Welt gibt, nimmt der Hunger weiter zu.  
Konzerne und große Banken spekulieren nicht nur auf  
Hunger in der Welt, sondern auch auf lange Transport-  
wege und auf noch längere Konservierungszeiten, bei denen  
Vitalstoffe in den Lebensmitteln zerstört werden, die  
Gesundheit gefährdet und CO<sub>2</sub> produziert wird. Das  
Zauberwort für eine menschliche Zukunft lautet hinge-  
gen: Dezentralisierung der Produktion vor allem von  
Lebensmitteln und Energie. Etwaige Vergünstigungen  
dafür dürfen nicht länger am EU-Wettbewerbsrecht  
scheitern.

Das würde vor allem den Kommunen helfen, die damit  
auch wieder mehr Perspektive auf eine lebenswertes  
und glückliches zu Hause für die Menschen bieten.

**Überhaupt tritt DIE LINKE entschieden für das so-  
genannte Subsidiaritätsprinzip ein:** was lokal, regional  
oder nationalstaatlich besser erfahrbar und darum  
regelmäßig ist, sollte nicht dem Regelungswahn der EU-  
Eliten überlassen werden!

**DIE LINKE kämpft darum für regionale Kreisläufe,**  
wo Energien – die Schätze der Natur – gespart  
werden, „Milch und Brot sollen auch wieder vor der  
Haustür wachsen“. Die Sonne gehört niemandem, die  
Sonnenenergie aber allen. Strom muss bezahlbar sein,  
Stromversorgung als ein grundlegendes Element der  
Daseinsvorsorge ist für alle zu sichern. Hierzu sind  
verbindliche Regelungen EU-weit festzulegen.

Wir sind aber nicht nur für erneuerbare Energien,  
sondern auch für erneuerbare Stoffe. **Darum will DIE  
LINKE statt „Wegwerfgesellschaft“ eine Reparaturoffensive in ganz Europa:** Konzerne sollen gesetzlich  
gezwungen werden, wieder reparaturfreundlich zu  
produzieren, das Reparaturhandwerk muss durch zins-  
günstige Kredite und Steuererleichterungen gestärkt  
werden. SO werden seltene Erden bewahrt, Müll radikal  
vermindert und CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert! Und alles,  
was dann noch an Güterverkehr übrig bleibt: ab auf die  
Schiene! **Wie die europaweite Umweltbewegung will  
DIE LINKE entschlossen den Umstieg auf öffentlichen  
Nah- und Fernverkehr.**

Wer Verbraucherinnen und Verbraucher gründlich  
stärken will, braucht einen Reisepass für Lebensmittel  
mit leicht lesbaren Herkunftsnachweisen. Gentechno-  
logisch veränderte Produkte müssen sofort gekenn-  
zeichnet und sehr schnell verboten werden. „Öko“ darf  
kein Label für die Reichen sein: bei Gesundheitsschäden  
und Katastrophen zahlen nämlich alle drauf.  
Für Fracking und CCS hat auch Europa keinen Platz.  
Und: wer den Ausstieg aus dem Atom will, muss auch  
aus EURATOM aussteigen. Nicht die Energiewende  
kommt uns teuer, sondern die Vergünstigungen und  
Investitionen für energievergeudende Industrien.  
Europaweit müssen die primärrechtlichen Vorausset-  
zungen dafür geschaffen werden, Energiekonzerne  
zu kommunalisieren und die Netze zu verstaatlichen.  
Das europäische Klimaschutzabkommen enthält die  
Selbstverpflichtung, den Energieverbrauch bis 2020 um  
20 Prozent zu senken. Nur wenn die privatkapitalisti-  
schen Eigentumsstrukturen im Strom- und Gassektor  
überwunden werden, ist dieser überlebenswichtige  
Energieplan realistisch.

Du glaubst vielleicht, die Macht der RWE's und EON's  
sei unbesiegbar? Die Demokratisierung der privaten  
Strompreistreiber sei unmöglich? **Wäh' DIE LINKE,  
mach' mit bei unseren Aktionen und Du wirst sehen:  
es geht!**



# VI) Mutlosigkeit oder Weitsicht? Was Wagen bei Wahlen!

Wer wählt, kann verlieren. Wer nicht wählt, hat schon verloren. Die EU-Eliten freuen sich insgeheim über niedrige Wahlbeteiligungen, besonders wenn Krisenbetroffene und Krisenbedrohte nicht mehr wählen gehen. **DIE LINKE will einen Neustart der EU**, der alle Verträge den Gesichtspunkten einer sozialen, friedlichen und ökologischen Qualitätskontrolle und der wirtschaftlichen Weitsicht unterzieht. Wir wollen ein Europa, das die „Hand reicht über'n Graben“, einen neuen sozialen und ökologischen Aufbruch.

Die EU-Verträge von Maastricht bis Lissabon sind eine asoziale Zumutung – nicht nur für die, die man das „einfache Volk“ nennt. Eine von den Eliten und dem Großkapital gesteuerte Integration Europas kann es aber nicht geben. **Die EU wird sozial sein oder gar nicht.** Bisher fanden erfolgreiche Kämpfe für soziale Gerechtigkeit vor allem in den Nationalstaaten statt. Diese müssen auch weiter verstärkt werden. Aber Europa wird zunehmend zum erweiterten Kampfplatz, deshalb muss die EU – Sprachgrenzen übergreifend – zum Gegenstand kritischer Analysen und radikaler Veränderungen werden.

Deine Stimme für DIE LINKE kann den europafreundlichen und darum EU-kritischen Kräften Mut und Kraft geben. Und: **Eine Stimme für DIE LINKE ist** eine Stimme für weniger Militarismus und weniger Bankenmacht in der EU. Anders als CDU/CSU, AfD, SPD und Grüne wollen wir mehr Demokratie wagen. Wir wollen nicht, dass aus der EU ein Superstaat nach Gutdünken der Konzerne und EU-Eliten wird, ausgerichtet auf deren Interessen und über unsere Köpfe hinweg. Damit alle weiteren Vertragsänderungen nicht einfach wieder an Mehrheiten vorbei laufen, kann doch die EU nicht einfach nur einen Konvent einberufen (Änderungsverfahren nach Artikel 48 AEUV)!

**DIE LINKE will Volksabstimmungen über jede Vertragsänderung!**

Solange die EU abseits demokratischer Kontrolle und kritischer Aufmerksamkeit. nur im Wesentlichen

gestützt auf Regierungen und die Konzernmedien der Eliten, gestaltet wird, kann sie nichts, aber auch gar nichts, für ein zusammenwachsendes Europa bringen. **Früher wollten alle Parteien eine europäische Verfassung. Heute ist es nur noch DIE LINKE.** Denn wir wollen so mehr parlamentarische Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Umweltschutz in zwingende rechtliche Verankerung bringen. Merkel will mit dem Euro mehr Bankenmacht. AfD-Henkel will mit der D-Mark mehr Bankenmacht. Jedoch weiter sinkende Löhne in Deutschland, wie sie diese beiden Export-Junkies propagieren, machen die Krise nur noch explosiver.

Aber der Kampf gegen die Hafenrichtlinie und gegen die Privatisierung des Wassers (Dienstleistungskonzessionsrichtlinie), der Kampf der Friedensbewegung, der einige EU-Staaten am Mit-bombardieren in Libyen und Syrien hinderte, die Aufdeckungen von Whistleblowern wie Edward Snowden, die weltweite Empörung über die Tragödien von Lampedusa und viele erfolgreiche Kämpfe haben gezeigt, dass Europa anderswo und anders zusammenwächst, als es die Finanzaia wollen, die von der Merkel-Regierung, der AfD und SPD und Grünen mit unterschiedlichen Konzepten hofiert werden.

**Nur DIE LINKE bittet Dich um mehr als Deine Stimme bei der Europawahl:** misch' Dich in Deine eigenen Angelegenheiten ein. Und lass' Dich auf das Abenteuer ein, mit Gewerkschaften, Friedensbewegung und anderen sozialen Initiativen die Welt menschlicher zu machen. Zeig' den Krisenverursachern, EU-Eliten und Profiteuren die wirklich rote, die 100% soziale Karte! Sei' nicht Teil der schweigenden Weltmacht der Verlierer, verhilf' mit einem Wahlerfolg der LINKEN **Dir selbst zu einem erfolgreichen Europa, das demokratisch, sozial, friedlich und ökologisch ist. Zu einem Europa, das „Hände reicht über Gräben“.**  
**Oder wie bereits Heinrich Heine in seinem Wintermärchen schrieb:**

*„Die Jungfer Europa ist verlobt  
Mit dem schönen Geniusse  
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,  
Sie schwelgen im ersten Kusse.*

*Und fehlt der Pfaffensegen dabei,  
Die Ehe wird gültig nicht minder –  
Es lebe Bräutigam und Braut,  
Und ihre zukünftigen Kinder!\**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

DIE LINKE. Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmerinnen und Unternehmer

### **Postanschrift**

Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

### **Homepage**

[www.bag-linke-unternehmer.de](http://www.bag-linke-unternehmer.de)

### **Stand**

Delegiertenkonferenz BAG LiU  
vom 4. Januar 2014  
Bundesparteitag DIE LINKE  
vm 15. Februar 2014

### **Text**

Dr. Diether Dehm, MdB  
und Mitglied im Ausschuss für  
die Angelegenheiten der  
Europapolitischen Union und  
Vorsitzender der BAG LiU;

Wolfgang Gehrcke, MdB  
und Mitglied im  
Auswärtigen Ausschuss

### **Redaktion**

Bernd Mewes  
Hans-Ulrich Riedel

### **Grafik und Layout**

Libelle Deko,  
Ulrike Dorband

### **Druck**

Druckerei Schmidt-Bugiel

### **ViSdP**

DIE LINKE.BAG LiU,  
Bernd Mewes